

schieden die Schutzplatt streichen würde, dadurch würde auch endlich eine Befreiung der Länder erzielt und die pazifistische Aera eingeleitet.

In wirtschaftlicher Hinsicht wurde durch diesen Umstellungsvorgang die Arbeiterklasse in die Lage versetzt, durch höhere Löhne die Kaufkraft zu stärken und somit durch Senkung der Preise die Ankerbelastung der Wirtschaft zu bewerkstelligen. Dieses ist die erste Etappe zum Sozialismus, die zweite besteht darin, daß die Arbeiterschaft den noch kapitalistischen Staat mit sozialistischem Inhalt fülle. Diese letztere Auffassung versucht Breitscheid ohne scheinliche Zustimmung mit Hilfe eines aus dem Zusammenhang gerissenen Zitates aus der Rede von Luxemburg, gehalten auf dem Gründungstax der Spartakusbundes, zu bekräftigen.

Nach dieser vollzogenen Leichenbeschauung ergriß ein KAP-Genosse das Wort. Mit der Feststellung, daß jede Regierung das ausführende Organ der ökonomisch herrschenden Klasse ist, wurde der ganze parlamentarische Budgetzettel unter Aufzeichnung der praktischen Regierbarkeit der Sozialdemokratie zerschlagen. Anderserseits wurde der von Sozialdemokraten vorbereitete Grundsatz: „Alle Macht geht vom Volke aus“ den anwesenden Arbeitern als blühender Schwindel entlarvt mit dem Bemerkung, daß die grundsätzlichen Vertreter des Volkes einstimmig dem großen Schlachtgeist 1914 zustimmten, obwohl die Arbeiterschaft, wie der Referent selbst anführte, den Krieg nicht gewollt habe.

Dieser Genosse zielte weiter auf die Unmöglichkeit einer Prosperität, unter den Gesichtspunkten, unter welchen die SPD, den Wiederaufbau und die damit verbundenen Gemeinheiten am Proletariat deckt und auch inszeniert. Die Behauptung, daß höhere Löhne identisch mit größerer Kaufkraft seien, wurde an Hand von einem Zitat Rosa Luxemburgs sowie einigen einfachen Rechenbeispielen der Lächerlichkeit preisgegeben, so daß der Referent in immer erregteren Zwischenrufen seine eigene Unfähigkeit, auch seiner eigenen Anhänger, dokumentierte. Der Abend war ein Erfolg des antiparlamentarischen Gedankens.

Chemnitz

Seit Jahren bemühte sich die Chemnitz-KPD, in allen Tonarten um die Herrschaft der „linken“ SPD, die Demonstrationen im Mai 1928 brachte die heiligste „Einheit“. Zirkel 6000 Anhänger der Sozialdemokratie Moskauer Richtung zogen gemeinsam mit den Sozialdemokraten kaiserlicher Richtung, insgesamt etwa 15.000, durch die Randgebiete unserer Stadt. Daß von einem Kampfe bei dieser Einheitsrummel nicht gesprochen werden kann, versteht sich am Rande. Alle mechanisch, unbedingte, eben nur Regie.

Nur einige von der KPD, mitgeführte Transparenten, hingen an den „Fahnen“ der Arbeiter, Stahln, Röhrlund und den Segen unserer freiesrepublik, vermochten einiges Leben in die Demonstration zu bringen, dahingehend nämlich, daß die Anhängerschaft der SP, gegen diese, doch im Grunde so harmlosen Dinge, schimpfte, unter Hinweis darauf, daß solches Tun gegen die „Einheit“ verstöße, und nie mehr wieder sie mit der KP, demonstrieren. Alles in allem, für ehrliche, revolutionäre Arbeiter ekelhaft.

Entgegen diesem Sumpf, dieser Versumpfung des Gedankens des 1. Mai hatten KAP und AAU, in letzter Stunde noch die revolutionären Arbeiter zum Besuch einer abends stattfindenden öffentlichen Versammlung, mit dem Thema: „Die Erfahrungen der Münchener Räte-Republik! Parlamentarismus oder Klassenkampf!“ aufgerufen.

Der Besuch war verhältnismäßig gut, wenn man in Betracht zieht die uns zur Verfügung stehenden Kräfte und die Tatsache, daß uns die Bekanntmachung erst in letzter Stunde möglich war.

Ein Genosse der KAP, Mitkämpfer aus den Münchener Rätezeiten, verstand es, in klaren Sätzen, aneinanderreihend Tatsache um Tatsache, den anwesenden Arbeitern ein objektives Bild zu entrollen aus jener Zeit, ein gutes politisches Bild, dazu geeignet, die Proletarier die Augen zu öffnen über die Taten der Sozialdemokratie und über den Werkzeug der KP von der revolutionären Spartakusgruppe bis zur heutigen im kontrollverordneten Sumpf der Politik russischer Staatsnotwendigkeiten Parlamentarismus.

In größeren Ausführungen wies der Gen. darauf hin, wie die Politik der KAP, darstellt die natürliche Fortsetzung der Tätigkeit von Spartakus, der einzigen Arbeitergruppe, die in den Tagen der Münchener Rätezeit, die ehrliche revolutionäre und Tug verlor, auf erhöhter Stufe der Sprossenleiter marxistisch-revolutionäre Erfahrungen.

Und mögen auch die Wogen reformistischer, parlamentarischer Illusionen noch höher steigen, wir werden, uns des geschichtlichen Ansatzes des Proletariats bewußt, nicht bücken, sondern das Proletariat wegwandern zu lassen.

Der Genosse streifte im Referat auch die Stellung der anarchistischen und syndikalistischen Gruppen während der Rätezeit und bewies, wie diese Gruppen, wenn auch unbewußt, zu Werkzeugen der sozialdemokratischen und unabhängig sozialdemokratischen Konterrevolution wurden, zum Teil darum, weil sie nicht marxistisch-revolutionär die Dinge analysierten, sondern ähnlich an sie heranzutreten, um ihrer Ehre aber stellte der Genosse fest, daß diese Klassen-genossen, nachdem sie das Spiel erkannten, als der Verrat offenkundig war, gemeinsam mit den revolutionären Proletariaten auf den Barrikaden starben.

Die einsetzende Diskussion gestaltete sich lebhaft. Ein Syndikalist stellte ganz besonders fest, daß dem Referat nicht hinzuzufügen sei, daß es nicht objektiv hätte sein können. Er machte den Versuch, die Ausführungen des Referenten bezügl. der Stellung der Anarchisten und Syndikalisten zu entkräften, aber es blieb kein Versuch.

Im Schlußwort verstand es der Genosse, eingehend auf die Prinzipien und die Taktik dieser Gruppen, in sachlicher Weise nochmals nachzuweisen die Richtigkeit seiner Darlegungen, die Notwendigkeit der revolutionären, positiv antiparlamentarischen Partei und der umfassenden Klassenorganisation des Proletariats, der Allgemeinen Arbeiter-Union, um das Proletariat herauszuheben aus den Niederungen parlamentarischer und gewerkschaftlicher Illusionen, die immer wieder zum offenen Verrat sich auswachsen.

Für Freitag, den 4. Mai, hatten sich unsere Sozialdemokraten Herrn Dittmann, MdR, für eine öffentliche Versammlung, die den Auftakt ihrerseits für den Großkampf, 20. Mai, geben sollte, verschrieben. „Lächerlich gering, gemessen an dem riesigen Organisations-Apparat der SP, war der Besuch der Massenversammlung“. Ganze 30-40 Mitglieder dieser Partei hatten sich eingefunden, um einer der üblichen parlamentarischen Wald- und Wiesenreden Gehör zu schenken.

Einige Genossen der KAP und AAU, beschützten diese Versammlung, um in erster Linie Propaganda-Nummern der KAZ zu verteilen. Schon das Erscheinen der Genossen bewog das Reichsbanner, diese in besondere Beobachtung einzubeziehen. Die Genossen arbeiten schnell und im Verlaufe von 2 bis 3 Minuten waren gegen den Willen dieser Sozialisten zirkel 200 KAZ (Mai-Nummer) verteilt. Alles Schimpfen und Toben nutzte nichts, im Gegenteil, nur ernst aufmerksam gemacht, rief man sich um die letzten Zeitungen.

Zu Beginn der Versammlung wies der Leiter darauf hin, daß nur Vertreter großer Parteien in der Diskussion zugelassen würden. Ein Eingehen auf die Äußerungen des Dittmann wäre lanweilig.

Nach Beendigung des Referats meldete sich ein Genosse der KAP, zum Wort. Der Versammlungsleiter aber, eilt

Karl Marx über die Parlamentsaffäre.

„Je mehr es der bestehenden Klasse gelingt, proletarische Intelligenzen an sich zu fesseln, set es durch gehobene Posten beim Kapital selbst, sei es durch Regierungs- und Staatsämter, desto mehr wird es ihr gelingen, die Arbeiterklasse zu verwirren, sie vom Klassenkampf, vom Ziel abzubringen.“

Klassenbewußte Arbeiter boykottieren d. Reichstagswahl!

demokratisch, vielleicht auch von einem gelinden Schauer in Hinsicht auf den sich am Anfang abspielenden Vorfall, geschnitten, erklärte, daß die KAP, eine antiparlamentarische Partei sei und darum das Wort nicht erhalten könne.

Schadenfroh riefen sich einige Anhänger der Stalin-Partei die Hände, um dann in freiesprechendem Schrei einen Diskussionsredner ihrer Partei entgegenzubringen.

Der sprach viele Worte, und diese waren inhaltlos, nur: Wählt Liste 5. Und es kam zu einem Streit, und die vorher so Schadenfrohen liefen Gefahr, hinauszufliegen. Denn auch die KAZ, tat ihre Wirkung; in ihr hatten die braven Sozialdemokraten unter die rote Polizei in Aktion eine Schandtat, die den ihrigen, bisher bezagungen so nahelekt, nach eifrigem Studieren entdeckte, und gingen nun mit dieser Tatsache gegen ihre, im Grunde nicht feindlichen, Brüder los.

Diese Versammlung zielte auf, wie innerlich wohl die SP ist. Wir werden unsere Erfahrungen sammeln, und sie dienlich machen unserem Kampfe gegen diese in Sachsen noch dominierende Partei der Noskezuhalter.

Ruhrgebiet

Bochum-Riemke

Der Parlamentarismus wird handgreiflich!

Herr Gustav Sabotka M. d. L. referierte am Sonnabend, den 28. April 1928, in einer öffentlichen Versammlung vor 21 Personen über die Wahlrede, wie in Wanne-Eickel, wurde als Obrenschlams getoben.

In der Diskussion sprach Genosse K. über die AAU, daß diese nur als moderne Kampforanisation gegenüber dem heutigen Kapitalismus in Frage kommt. Nicht-Regieren und Stimmzettel, sondern Stütz der kapitalistischen Herrschaft. Soweit die Aussage über die Klassenorganisation ging, es noch mit dem Gustav. Bei den Ausführungen über die KPD, wurde er wieder sehr unruhig. Als ihm gesagt wurde, daß man noch vor Wochen vieles bestritten - heute aber niemand bestrittet - z. B. daß der Arbeiterstaat Rußland der deutschen Reichswehr die Granaten geliefert hat, konnte der Gustav sich nicht beherrschen, stieß auf, geht zum Gen. K. und greift ihn vor die Brust. Die Gen. der KAP, stießen auf und verhinderten seinen weiteren Angriff. Der Polizeibeamte eilt mit dem Gummiknüppel zu der Stelle. Der Angriff erfolgte von vorn durch Sabotka und von hinten kam der Schutzmann zu den fünf KAP-Genossen. Auf diese Provokation sind die Herren Gen. nicht bereitwillig. Sabotka ging zu seinem Platz und sagte: „Kann reden solange er will, aber nicht gegen Sowjetrußland“. Warum wurde der Gustav selbst handgreiflich? Weil trotz seiner Hetze seine Getreuen untätig waren.

Während den Ausführungen des K. rief S. „der Parlamentarismus wird dich wohl kennen. In Wanne bist du durch Fenster gegangen“. Auf den Widerspruch, das ist nicht wahr, hier sind Zeugen, sagte er „Aber behaupt!“ - Als die Herner Gen. das Wort übernahm, wurde der Gen. K. zum Teil der Besucher. Seit dem Hoch in Wanne, ist S. vorsichtiger in seinen Reden, aber um so mehr grimmiger gestimmt. Die amtlichen Dokumente der „Sowjet“regierung wollte er dem Gen. K. fortnehmen. Was würde einen Nichtparlamentarier passieren, wenn er versuchte, etwas gewaltsam fortzunehmen?

Bochum

Ausgeschlossene Kommunisten dürfen nicht sprechen!

Ueber Metallarbeiter und Wahlen sollte Schmitt M. d. L. referieren, ist aber krank geworden. - Als Ersatz ist ein Herr Ubrich erschienen. Seine Ausführungen waren allgemeiner reformistischer Quark. Nun folgte die freie Aussprache, aber nicht für alle Parteien. Als Genosse K. sich schriftlich gemeldet hatte, wurde ihm kein Wort ertitelt.

Die Begründung des Versammlungsleiters war folgende: „Wir können nur solche Parteien das Wort ertitelt, die angeschlossen sind.“ (SPD). Zentrum (Bürgerblock). Je folgenden Verleumdungen des K. 1923 sei er bei den Nazis gewesen. Obwohl diese Lügen längst widerlegt sind, wärmte der KPD-Mann Frank sie wieder auf. Nach einer gemeinen persönlichen Harte gegen den Leiter der Versammlung darüber abstimmen, daß K. nicht sprechen darf! Von den 50 Personen, haben kaum 20 gestimmt. Als Gegenprobe verlangt wurde, erklärte der Leiter: „Wenn ich von hier oben sage, es ist die Wahrheit, dann ist es auch.“ - Der Referent vierter Garnitur konnte aufatmen!

Aus der Partei

Mitteldeutschland

Die kombinierte Bezirkskonferenz beschäftigte sich im 1. Tagesordnungspunkt mit dem Abschluß des Falles Schwarz auf dem Parteitag. Die Diskussion über den Parteibericht stand unter dem Gesichtspunkt, die endgültige Lösung des Konfliktes vorzutragen, damit im gesamten Reiche die volle Kraft auf die kommenden Wirtschaftskämpfe und auf die Entlastung der Wahlkommission konzentriert werden kann. Es zilt auf straflose Durchführung der Beschlüsse des Parteitages zu achten und von jeder Seite den besten Willen zur gemeinsamen Arbeit aufzubringen. Die Konferenz war sich darin einig, daß die Hauptpunkte des Parteitages, die Lösung der Frage Todeskrise und Taktik der Union laufend in Diskussion bleiben muß und zur gründlichen Klärung eine Reihe Artikel und Kurse über die Grundfragen des Marxismus durchgeführt werden müssen.

Im 2. Punkt wurde die Ortsgruppe Leipzig zum Vortritt bestimmt und auf Grund der Ortsgruppenberichte die Grundfrage Umstellung der Bezirksarbeiten und noch größerer Aktivität gelegt. Die Bezirkskonferenz beschloß mit dem besten Willen, alle Kräfte einzusetzen für den Aufbau des Bezirks, denn gerade die Kämpfe der nächsten Zeit müssen schon den Bankrott der Gewerkschaften und der politischen Parteien aufzuhalten und freies Feld schaffen zur Gewinnung immer größerer Teile des mitteldeutschen Industrieproletariats für unsere Idee.

Rheinland-Westfalen

Die am 29. April in Düsseldorf tagende Bezirkskonferenz von Partei und Union war voll allen Gruppen des Bez. Nieder- und Mittelrhein mit Ausnahme von Trier durch Delegierte besetzt. Die Tagesordnung wurde so wie sie von den Bezirksleitungen der Gewerkschaften, von der Konferenz im Bericht vom Parteitag (1. Punkt) nahm die Konferenz

Kennnis von dem Beschluß des Bez. Ruhrgebiet, der dahingehend lautet, daß der Bez. Ruhrgebiet direkte organisatorische Bindungen mit den Bez. Nieder- und Mittelrhein abbaut und als selbständiger Bezirk Ruhrgebiet weiter besteht.

In der Diskussion über den Bericht vom Parteitag kam zum Ausdruck, daß die Arbeiten des Parteitages nicht ganz befriedigt haben. Beispielsweise wurde gerügt, daß in der so beglückten Frage der Taktik der Union der Parteitag nicht das gebracht hat, was von ihm erwartet wurde. Da auch innerhalb der Union des Bez. Rheinland Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Taktik der Union bestehen, diesem Zustand aber unbedingt ein Ende gemacht werden muß, sprach sich die Tagung, in dem Sinne aus, daß die nächste Bezirkskonferenz diese Frage endgültig und klar zum Abschluß bringen muß. Es wurde an die Delegierten appelliert, daß sie sich dafür in den Gruppen einsetzen sollen, daß die Frage der Taktik der Union nochmals in den Gruppen zur Diskussion gestellt und die Genossen sich in Artikeln im „Kampfruf“ zu dieser Frage mehr äußern sollen, so daß in den Gruppen Unterlagen zur Diskussion nicht gegeben sind und die widersprechenden Meinungen in dieser Frage allen Genossen des Bezirks zur Verfügung stehen. Die Einsetzung der Artikel soll an den Bezirks-Arbeits-Ausschüsse geschehen. Die Konferenz billigte das Vorhaben des Parteitages gegenüber der abgespaltenen Opposition und begrüßte, daß das Verlangen derselben, auf dem Parteitag, vertreten zu sein, strikt abgelehnt wurde, es kam zum Ausdruck, daß Genossen, die sich selbst durch ihre Tätigkeit (Beitragsperre) die Möglichkeit genommen haben, ihre Meinung im Rahmen der Organisation zu vertreten, auf Tagungen der Organisation nichts zu sagen haben. Es wurde die Lösung, so wie sie der Parteitag gegenüber der abgespaltenen Opposition getroffen hat, zuteilgeben. Die Konferenz brachte weiterhin zum Ausdruck, daß die Wiederaufnahme der sogenannten führenden Geister der Opposition grundsätzlich geprüft werden soll und ihre Wiederaufnahme in die Organisation, wenn auch nur die geringsten Anhaltspunkte vorhanden sind, daß die Genossen bei Lösung irgend einer Zweckmäßigkeitfrage, wenn dieselbe ihrer Meinung nach wieder eine falsche Lösung erfahren sollte, wieder zur Fraktionsarbeit schreiten würden, der Eintritt in die Organisation zu verweigern ist. Es kam weiter zum Ausdruck, daß doppelte Vorsicht angewandt werden muß gegen jene Elemente, denen jedes Mittel gut genug ist, um ihre Meinung zum Durchbruch zu verhelfen (bei einer reinen Zweckmäßigkeitfrage), die Behauptungen aufstellen, für die sie absolut keine Unterlagen haben, wie beispielsweise es geschehen ist im Rundschreiben der Opposition vom Oktober 1927, wo von korruptem Führer der Allgemeinen Arbeiter-Union gesprochen wird, trotzdem der Beweis für diese Behauptung in keiner Weise bisher von Seiten der Opposition erbracht worden ist. In dem Vorfall, wonach Delegierte des Parteitages in der Mitteldeutschen Versammlung der abgespaltenen Opposition den Bericht über den Parteitag der KAP, vorlesen haben, erblickt die Konferenz einen Verstoß seitens dieser Genossen gegenüber den Beschlüssen des Parteitages in der Oppositionsangelegenheit. Das Schreiben von Hamburg zu dieser Angelegenheit, welches ebenfalls vorlesen wurde, konnte die Konferenz absolut nicht davon überzeugen, daß die Genossen, die den Bericht dort gegeben haben, richtig gehandelt haben. Nach der Meinung der Konferenz sollte es doch eine Selbstverständlichkeit sein, daß die Delegierten auch für die Delegierten maßgebend sind, die nicht ihrem Willen entsprechen.

Im Organisatorischen wurde beschlossen, die Bez. Mittel- und Niederrhein wieder zu vereinigen, es wurde von der Tatsache ausgegangen, daß die Verhältnisse sich nicht so gestaltet haben wie bei der Aufteilung im Oktober 1927 den Anschein hatte und wie die Dinge augenblicklich liegen, es zweckmäßiger wäre, beide Bezirke wieder zusammenzulegen. Dem Bezirks-Arbeits-Ausschuß wurde aufgetragen, die alten Beschlüsse bezüglich der Solidarität in einem Rundschreiben erneut festzulegen, damit nicht erneute Meinungsverschiedenheiten, wie es leider in Barmen der Fall war, auftauchen. Nach Belegung der Meinungsverschiedenheiten und Mißbilligkeiten innerhalb der Gruppe Köln soll der Beschluß der Konferenz der BAA, oder die Parteiliste nach dort verlegt werden. Die Konferenz beschloß ferner, die alten Mitgliedsbücher des hiesigen Bezirks beizubehalten. Nach sonstigen organisatorischen Regelungen fand die Konferenz in vorgerückter Stunde ihr Ende.

Organisatorische Mitteilungen

Achtung Hamburg!

Partei und Union: Wichtige gemeinsame Arbeitsausschulung am Donnerstag, den 24. Mai, 8 Uhr, bei Lorenz, Grütz-mechergang 22. Niemand darf fehlen.

Chemnitz

Die nächste öffentliche Diskussion findet am Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus „zur Linde“ (Theaterplatz) statt.

Weißenfels

Alle Genossen der AAU und KAP, sowie Sympathisierende, treffen sich jeden Freitag, abends 8 Uhr, zum öffentlichen Diskussionsabend im Lokal „Reichspost“, Bismarckstraße.

Unentbehrliche Waffen für jeden Klassenbewußten

Arbeiter im Kampfe gegen die gewerkschaftlich-parlamentarische Konter-Revolution sind

Die KPD, im eigenen Spiegel . . . 0,75 Mk.
Der Bonzenspiegel 0,80 Mk.

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenplatz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Ströbing, Berlin N. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Isidorow, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post - frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenplatz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

9. Jahrg. Nr. 37

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenplatz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 26. Mai 1928

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenplatz Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. inkl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Friede der Demokratie

Eines der beliebtesten Steckenpferde, welches die SPD, im verlossenen Wahlrumpf trug, war die Parole: „Wahl sozialdemokratisch, dann stärkt ihr die Demokratie und sichert damit am besten den Völkerrfrieden.“ Und die SPD-Führer -wiewies- besonders darauf, daß nur sogenannte Linkswähler am 20. Mai das Werk der deutsch-französischen Verständigung fördern können. Diese sozialdemokratische Wahlparole fiel naturgemäß auf günstigen Boden, da nach dem Aderlaß des Weltkrieges die Idee des allgemeinen Friedens einen starken Antrieb erhalten hat. Auch die große Masse des Proletariats läßt sich in Erinnerung an das vierjährige Grauen des Stahlkrieges noch willig vom sanften Strom des Pazifismus treiben und sieht in der November-Erregung der Demokratie die heute realste Garantie für das friedliche Zusammenleben der kapitalistischen Mächte.

Es kann natürlich nicht geleugnet werden, daß im Lager der Sozialdemokratie und linksbürgerlichen Parteien der Wille zur internationalen Verständigung stärker ist, als bei den an der monarchistischen Tradition klebenden bürgerlichen Rechtsparteien. Es hat deshalb den Anschein, als ob tatsächlich der Weg der Demokratie zur Befriedung der bürgerlichen Welt führen kann. Aber es scheint nur so! Denn das Bild verändert sich gründlich, wenn der Wert der heutigen Demokratie nicht losgelöst von ihrer kapitalistischen Umwelt betrachtet wird. Ja, die pazifistische Friedensidee entpuppt sich sofort als kleinbürgerliche Utopie, wenn man die fundamentale Tatsache nicht übersieht, daß gerade derselbe Kapitalismus, der vor vierzehn Jahren Europa in ein einziges Leichen- und Trümmerfeld verwandelte, die gesellschaftliche Grundlage der bestehenden Demokratie ist.

Diese unsere Kennzeichnung des utopischen Wesens der sozialdemokratischen Friedenspolitik wird den Arbeitermassen verständlicher werden, wenn sie erst mal einen Blick auf die positive Seite der Demokratie innerhalb Deutschlands werfen. D. h., bedeutet die Demokratie in wirtschaftlicher und politischer Beziehung einen solchen Fortschritt, daß sie die deutschen Proletarier als Machinstrumen des Kampfes um den Sozialismus betrachten können? Diese für die Arbeiterklasse ausschlaggebende Frage muß vornehmst werden, wenn die Bilanz aus dem ersten Jahrzehnt der demokratischen Republik gezogen wird. Denn politisch war die Demokratie seit 1918 nicht jense scharfe Schwert, mit dem das Proletariat der Bourgeoisie entscheidende Schläge versetzen konnte. Im Gegenteil: die Kapitalistenklasse hat auch auf dem demokratischen Boden ihre staatliche Macht so festigen können, daß sie die Arbeiterschaft genau so brutal niederhalten kann, wie im Zeitalter der Monarchie. Diese Tatsache wird keineswegs abgeschwächt durch die Erweiterung der parlamentarischen Rechte, die ja nur den Zweck hat, die bürgerliche Klassendiktatur vor dem Proletariat zu verschleiern. Auch in wirtschaftlicher Beziehung hat die Demokratie nicht die Bahn freigemacht für die Durchsetzung der proletarischen Lebensinteressen. Die sozialen Verhältnisse haben sich vielmehr so verschärft, daß die vermehrte Anhäufung von Profitten nur möglich ist bei gesteigerte Akkumulation von Massenelend und der wirtschafts-demokratischen Gewerkschaftspolitik steht gegenüber ein Schlichtungsmechanismus, der die Arbeitermassen immer wieder durch das Fegfeuer der kapitalistischen Rationalisierung peitscht. Nur Narren oder Betrüger können heute noch leugnen, daß trotz der formalen Demokratie der Druck auf das Proletariat steigt und damit die soziale Gegensätze wachsen.

Wie nun die Demokratie keine realen Vorteile für die Klassenlage der deutschen Arbeiterschaft gebracht hat, so ist auch ihre Einwirkung auf die Beziehungen der kapitalistischen Mächte nur negativ. So richtig es ist, daß heute der Verkehr der bürgerlichen Staaten untereinander nicht möglich ist ohne gewisse Regeln friedlicher Zusammenarbeit, so falsch ist der Glaube, daß die kapitalistischen Länder jemals alle unter einen Hut gebracht werden könnten. Die sozialdemokratischen Verständigungsapostel vergessen hierbei, daß der den imperialistischen Mächten einwohnende Expansionsdrang selbst die Quelle ist, aus der zwangsläufig immer wieder kriegerische Konflikte hervorbrechen müssen. Die SPD-Führer vergessen weiter, daß der Konkurrenzkampf um die Beherrschung des heute zu kleinen kapitalistischen Weltmarktes die imperialistischen Gegensätze so verschärft, daß der angesammelte Zündstoff dieser Entwicklung in einem neuen Weltbrand sich entladen muß, wenn nicht vorher das inter-

Der linke Bürgerblock

In allen Wipfeln ist nun Ruh. Die Untertanen haben ihrer väterländischen Pflicht genügt; haben „abgerechnet“. Das übrige, die Bildung der neuen Regierung ist ja nicht ihre Sache; das ist Sache der „Auserwählten des Volkes“. Noch nie wurde „das Problem“ so klar, wie nach diesen Wahlen. Es ist kaum mit einer Meinungsverschiedenheit dahingehend zu rechnen, daß die Sozialdemokratie auch wieder offiziell Regierungspartei in Kiel lege diesen Kurs so eindeutig fest, daß die „Opposition“ nach dem nur, noch in feilheitentischen Lamentationen „Wahlkampfes“ nach mehr von ihren „Prinzipien“ entdeckt. Selbst die Provokation eines Thoms hat sie hingemommen und noch beherzigt verteidigt, ohne mit einer Wimper zu zucken.

Und doch wird die Sozialdemokratie ob ihres Sieges nicht recht froh. Was eigentlich haben wollen, darüber schweigt sich der „Vorwärts“ restlos aus, trotzdem unter den Machern der neuesten Geschichte, die das Proletariat nun erleben wird, kein Zweifel besteht. Aber es wäre doch zu banal, so ohne weiteres zuzugreifen ohne das nötige Schauspiel des „Kampfes“ um die „Macht“, das nun beginnt. Es wird, wie immer, einige Sitzungen im Wasserlass, einige gescheiterte Verhandlungen, einige scheinbar nutzlose Konferenzen beim Reichspräsidenten geben. Einer und der andere wird bei seinem Auftrag, eine neue Regierung zu bilden, scheitern, wird den Auftrag zurückgeben, um dann zuletzt, im Interesse des „Volkes“ doch die Sache zum Abschluß zu bringen durch „Opfer von beiden Seiten“.

Viel Flugsaat würde den beiden sozialdemokratischen Parteien zugeflogen. Ja, es hat nicht viel gefehlt, dann hätte der Staub in der Hungermühle der Demokratie den parlamentarischen „Arbeiterparteien“ zu 51 Prozent „Macht“ verholfen. Daß dieses Dilemma nicht eintrat, darum ist den „Kämpfern“ um die Macht gewiß ein Stein vom Herzen. Aber es ist auch so unbehaglich genug.

Die Sozialdemokratie tritt das „Erbe“ des „Bürgerblocks“ an, und dieses „Erbe“, zu dem sie ihm selbst verhält, und mit dem sie bei den Wahlen wucherte, um Stimmen zu fangen - wird ihr nun von neuem zum Verhängnis. Denn eine Chance hatte dieser „Bürgerblock“ trotzdem für sich: trotz der noch vorhandenen Millionenzahl von Erwerbslosen konnte die vorhandene Bourgeoisie die Konjunktur halten. Was die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften an der Politik des „Bürgerblocks“ bis ins kleinste anschauteten, war reine Demagogie. In ihrer praktischen rührigen Regierungstätigkeit habet sie gegen das Proletariat sowohl auf dem Gebiete der „Gesetzgebung“ als auch in der praktischen Niederkämpfung des Proletariats dasselbe getan, wie der „Bürgerblock“. Es ließe Eulen nach Athen tragen, dies alles von neuem und immer wieder aufzuheben.

Die Vergeblichkeit der Arbeiter, die an der Praxis sozialdemokratischer Politik noch nicht begriffen haben, daß diese Partei nie und nimmer für die Interessen des Proletariats kämpfen kann, mag für demagogische Wahlkämpfe gut ausnutzen sein. Aber sie hat die unvermeidliche Kehre, daß diese Arbeiter in ihrer politischen Naivität das verlangen werden, was man ihnen verspricht. Die Kohlen- und Eisen-gedrängt wird. Eine neue Revolution frisst nicht nur die größten Teile für ein Jahr „verbindlich“ sind, immer noch weiter herab. Die deutsche Bourgeoisie jedoch ist: gewillt, mit allen Mitteln die Ausbeutung zu steigern, weil sie nur so die eminent hohen Profite einstecken kann, die ihr jede Disposition in der kommenden Krise erlauben. Schon antworten die Zechenbarone mit Arbeiterentlassungen als Antwort auf einige Pfenninge Ausgleich auf die vergangene Verstärkung des prole-

tarischen Fatters. Dieser damit verbundene Raubbau an den Innenmärkten ist zu jeder Zeit die immer weitere Zerstörung und ein sicheres Vorzeichen des nahenden Endes der blühender Welt wird auch vorbereitet ein neuer, noch viel gewaltigerer Angriff des Kapitals auf das Proletariat.

Diesen neuen Stoß anzufangen, das ist die Aufgabe der „Linksregierung“. Die Arbeiter, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften selbst an die Ketten der Schlichtungsjustiz genagelt wurden, werden vorerben hoffen, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften diese Fesseln auch nur um ein wenig lockern. Die Arbeiter, die von der neuen Welle der Arbeitslosigkeit überbrastet werden, werden sehen, daß die „Linksregierung“ sie genau so brutal verrecken läßt, wie die rechte Bürgerblockregierung. Denn diese „Linksregierung“ will, und das ist doch des Pudels Kern, den Aufstieg des Kapitalismus, und nicht den Kampf gegen ihn. Dieser „Aufstieg“ kann sich nur unter der Bedingung des immer größer ausbreitenden Elends der arbeitenden Massen vollziehen.

Wenn die „linke“ Regierung diese ihre Büttelehre getreulich erfüllt, dann wird die Bourgeoisie sie mit einigem Geschick, damit die Massen sie als die „ihre“ ansehen. Wohin nicht, dann wird sie durch eine ansehnliche Subvention und unter Verantwortlichmachung der kommenden Krise diese Regierung so lange durchkriechen, bis jener Flugsand, der sie auf die Ministerresell hob, zu den „Oppositionsparteien“ will, und die Opposition gegen ihn, von ihren unzufriedenen Kleinbürgern von neuem aufzufüllen, wieder abwandert. Die Bourgeoisie denkt heute schon unverblümt an, daß es noch einen Ausweg gibt, das ist die Auflösung eines Reichstages, dessen „Mehrheitsverhältnisse“ eine festfundierte Regierung nicht zulassen. Daß die Sozialdemokratie im Interesse von Erlangung möglichst vieler Staatsfunktionsstellen, und alles vermeiden wird, was gegen die Interessen des Kapitals verstößt, versteht sich am Rande.

Aber in dieser Lage können die Fronten nicht mehr verschleiert werden, wenigstens nicht mehr so leicht, als zur Zeit, als man heuchlerisch auf den Bürgerblock verwies. Dort, wo auch in Zukunft die Schredsprüche der „Linksregierung“ niederausdrückt, dort liegt in Wirklichkeit der Ausgangspunkt des Problems, an dem alle jesuitischen Kunststücke scheitern werden. Die Gewerkschaften als die festesten Stützen des „linken“ Bürgerblocks werden als getreue Schildknappen der linken Bürgerblockregierung noch unverschämter die Sklavenklassenscheibung will auch dem „kommunistischen“ Anhängern der KPD, die Maske herunterreißen. Denn da, wo die Proletarier einmal durch den Irrgarten der Demokratie brechen und die Waffe gegen den parlamentarisch-gewerkschaftlichen Arbeiterverrat wenden, wird sich die KPD, offen für die Gewerkschaften und damit für die Bourgeoisie entscheiden müssen, wofür sich ihre Auftraggeber, die Regierung der russischen Bauern, längst entschieden hat.

Wir, die wir wissen, daß der reise Proletariat sich zu erheben wird, wo die Kante seiner Pleiade auf ihn niedersinkt, dürfen nicht nach der Mühe, der Zeit, der Ausdauer fragen. Wir wissen, daß sich die Dinge immer enger im Raume stoßen, und überlassen es parlamentarischen Zwergen, sich im parlamentarischen Fasching zu blamieren. Wir werden den Gegensatz zwischen proletarischem Massenwillen und Massenkampf immer von neuem aufzeigen, im letzten Endes zur Entzündung bringen, bis das Proletariat als Träger seines Schicksals hinauswächst über die parlamentarische Beschränkung, und im Massenkampf um und mit den Räten die Fesseln zersprengt, die ihm der „linke“ Bürgerblock von neuem anlegte, weil der „rechte“ den Kredit verloren hatte.

Krieges fortgesetzt wurde. Nun will der Genfer „Völkerbund“ in vergrößerten Maßstäben versuchen, sogar den Weltfrieden durch ein System von Verträgen zu schützen. Auch dieser Versuch muß kläglich scheitern an der imperialistischen Struktur des modernen Kapitalismus. Die kapitalistischen Weltmächte, die heute noch sich gegenseitig Friedensbeteuerungen abgeben und in Genf galante Verabredungen vor den pazifistischen Illusionen machen, - sie werden morgen, wenn der gordische Knoten des Imperialismus wieder mit dem Schwert

